

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Zerkaus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circuloffiz Rieser Nr. 52.

Nr. 280.

Montag, 1. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silber 25 Gold-Pfennige, die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Freiwilliger Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Mehrjährige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzeustraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die herannahende Reichstagswahl. Günstige Aussichten für den Bürgerblock.

Berlin, 1. Dezember 1924.

Je näher der 7. Dezember heranrückt, umso lebhafter beschäftigen sich die politischen Kreise mit dem voraussichtlichen Ausfall der Wahlen und den sich daraus ergebenden innen- und außenpolitischen Rückwirkungen für Deutschland. Da man eine erhebliche Verstärkung der Mittelparteien erwartet, glaubt man, daß sich eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts sehr wohl ermöglichen lassen wird. Dadurch werde zwar die Sozialdemokratie in die verhärtete Opposition gedrängt, aber dies werde nicht allzuviel auf sich haben, da die parlamentarische Mehrheit einer Bürgerblockregierung auf eine sichere Grundlage gestellt werden könnte. In Anbetracht der zu erwartenden Stärkung der Mitte brauchte die Distanzierung der Deutschnationalen durchaus nicht zu einer Rechtsorientierung der Reichspolitik zu führen, vielmehr ist man in den führenden volksparteilichen Kreisen der Ansicht, daß die Deutschnationalen gewinnbringend sein werden, sich dem Block der Mitte anzupassen. Die Gefahr von Verfassungskämpfen sei keineswegs gegeben, da die Verfassung im neuen Reichstag genügend geschützt sei und die erforderliche Zweidrittelmehrheit gegen die Verfassung niemals zustande kommen würde. Es erübrigt sich daher, in innenpolitischer Hinsicht irgendwelche Vorwürfe an den eventuellen Ausgang der Wahlen zu knüpfen.

Außenpolitisch liegen die Dinge nach Meinung der dem Außenminister Dr. Stresemann nahestehenden volksparteilichen Führer ebenfalls ziemlich klar. Eine Änderung der gegenwärtigen Außenpolitik komme auf absehbare Zeit hinaus nicht in Frage, zumal die Deutschnationalen bereit seien, die Londoner Abmachungen als bindende Norm anzuerkennen. Die Deutschnationale Partei werde sich sogar darauf einstellen müssen, die außenpolitische Lage nicht mehr vom oppositionellen Standpunkt aus zu beurteilen, sondern die gegebenen Tatsachen ebenso hinzunehmen wie jede andere Regierungspartei. Dadurch werde jedenfalls die Möglichkeit geschaffen, die politische Lage in Deutschland zu stabilisieren. Ob die demokratische Partei nach den Reichstagswahlen noch einmal in der Lage sein wird, die Regierungserweiterung nach rechts zum Scheitern zu bringen, ist nach der Meinung der Deutschen Volkspartei kaum anzunehmen. Wenn die Demokraten auf ihrer Ablehnung, mit den Deutschnationalen in der Regierung zusammen zu arbeiten, verharren sollten, so würden sie einfach ausgegliedert werden.

In den demokratischen Kreisen ist man allerdings der Auffassung, daß die Bildung einer Bürgerblockregierung nach den Reichstagswahlen ein Experiment darstellte, das nicht von allzu langer Dauer wäre. Man behauptet, daß die treibenden Kräfte in der deutschnationalen Partei es niemals zulassen würden, wenn die deutschnationalen Führer wirklich darauf eingehen sollten, eine Politik der Wählung zu treiben. Die demokratische Partei werde sich voranschreitend nach den Wahlen nicht dazu entschließen können, in einer Regierung mit denjenigen Kreisen zusammen zu arbeiten, die nunmehr seit sechs Jahren nichts anderes getan hätten, als die Demokratie zu bekämpfen.

Wie sich das Zentrum nach den Wahlen zu dieser Frage verhalten wird, steht zwar nicht fest, aber man nimmt allgemein an, daß die Kreise um Dr. Marx in keiner Weise den Standpunkt der Demokraten teilen, sondern vielmehr ernsthaft bestrebt sein werden, das Problem der Erweiterung der Regierungsbasis gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei zu lösen.

Die deutsch-englischen Verhandlungen erfolgreich zu Ende geführt.

London, (Funkspruch.) Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer Timesmeldung am Sonnabend erfolgreich zu Ende geführt worden. Der Wortlaut des Vertrages sei auf einer Grundlage vereinbart worden, wonach Deutschland nicht nur Reichsbegünstigung gewähre, sondern auch gewisse Garantien gegen eine unterschiedliche Behandlung und gegen Einfuhrbeschränkungen gäbe. Die britische Regierung übernehme es dagegen, dem Parlament so bald wie möglich eine Vorlage zu unterbreiten, die die Deutschland auferlegten Beschränkungen beseitigt, jedoch keinerlei unterschiedliche Behandlung gegenüber Deutschen und anderen Ausländern statfinde. Der Times zufolge bleibt die Frage der Prozentigen Abgabe weiterhin offen. Eine Formel sei jedoch gefunden und in Berlin vorgelegt worden, die es der deutschen Regierung gestatten werde, den Vertrag zu unterzeichnen und dem Reichstag zur Ratifikation zu unterbreiten und die Abgabefrage einer späteren Regelung zu überlassen. Die britische Regierung habe in dieser Hinsicht ihre Genehmigung geäußert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Sie würde es jedoch ablehnen, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der den Grundsatz der Abgabe selbst oder der Bestimmungen des Dawesberichtes zuwiderlaufe.

Der Reichstanzler zur Form des Wahlkampfes.

(Düsseldorf. Reichstanzler Marx sprach gestern vormittag in von mehreren tausend Personen besetzten Zentrumsversammlung im Apollo-Theater. Nach der Begrüßungsansprache des Parteivorstandes ergriff der Reichstanzler das Wort und wies darauf hin, daß er gleich zu Beginn des Wahlkampfes es als eine vaterländische Notwendigkeit bezeichne, daß die Parteien den Wahlkampf ruhig und sachlich führen, ohne unnötige Schärfe, daß sie nicht Verprechungen machen und Forderungen aufstellen, die sie nach dem 7. Dezember unmöglich vertreten können. Jeder müsse er heute sagen, daß seine Bitte nicht überall gefruchtet habe. Der Kanzler fuhr fort: Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß z. B. die Deutschnationale Volkspartei, die vor der Auflösung des Reichstages erklärte, die Außenpolitik der Regierung in Bezug auf das Londoner Abkommen zu unterstützen, im Wahlkampf gegen die Außenpolitik wieder in einer Schärfe Stellung genommen hat, die in großem Gegensatz steht zu der Haltung, die sie während der Verhandlungen über die Rabinetsverweiterung beklundete, und die ganz der klar absehenden Stellung entspricht, die sie in den Monaten April bis August gegenüber den Experten vorbrachte und dem Dawesabkommen einnahm. Erst vor wenigen Wochen erklärte Graf Westarp in Hamburg, die Deutschnationalen seien einig in der Beurteilung des Londoner Abkommens. Die deutsche Regierung hat den Vorschlag von London unterzeichnet, das Parlament hat ihm zugestimmt, da wir nur so die Befreiung der besetzten Gebiete herbeiführen konnten, da wir nur so den allgemeinen Ruin aufhalten konnten, und nur auf diesem Wege hoffen durften, eine Wiederaufrichtung Deutschlands ermöglichen zu können.

Der Reichstanzler legt eingehend die günstigen Auswirkungen des Dawesabkommens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an Rhein und Ruhr dar und fuhr dann fort: Das alles sind Tatsachen, die auch Graf Westarp und seine Freunde nicht leugnen können. Wie unter den bisherigen Bedingungen die Landwirtschaft hätte weiter existieren können, darüber hat noch keiner der Reinsager vom 29. August eine befriedigende Antwort geben können. Es wäre töricht, das Ergebnis nun etwa überschätzen zu wollen und anzunehmen, daß alles in besserer Ordnung ist. Davon sind wir leider recht weit entfernt. Aber wir stehen doch heute nicht mehr vor einem Chaos. Wir haben doch wieder Möglichkeiten einer Besserung und eines Aufstieges, wir haben doch wieder Zukunftshoffnungen. In dem Maße, wie eine nüchtern sachliche Beurteilung unserer gelamten Verhältnisse es erwarten konnte, beginnt sich überall eine langsame Wendung zum Besseren ersichtlich durchzuführen.

Ueber den Völkerverbund sagte der Reichstanzler: Ich bin ein grundsätzlicher Freund des Völkerverbundes, und wenn irgendwo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dann werden wir versuchen, dem Völkerverbund beizutreten. Wir müssen uns den Schritt allerdings sehr wohl überlegen, weil er große Verbindlichkeiten mit sich bringen würde, und wir werden den Schritt erst tun, wenn er zum Wohle des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes gesehen kann.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir bei den Verhandlungen in London schwächlich waren und andere Wege hätten einschlagen müssen, aber man ist uns die Anklage schuldig geblieben. Das Dawesabkommen — darüber müssen wir uns klar sein — ist das Fundament, auf dem es gilt, Deutsch-

land wieder aufzubauen, die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Kriege nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur politischen Freiheit unseres Volkes und unseres Landes zu gelangen. Dazu brauchen wir aber einen arbeitsfähigen Reichstag.

Meines Erachtens muß nun am 7. Dezember ein Reichstag zustandekommen, der tatsächlich arbeitsfähig und arbeitswillig ist. Der Reichstanzler bedauert den Zwiespalt über die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold und sagte: Wir hielten die Farben Schwarz-Weiß-Rot in Ehren, aber jetzt haben wir nun einmal Schwarz-Rot-Gold, und wir müssen uns dagegen verwahren, daß ein Deutscher die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold heruntermacht. Es sei jetzt dringendes Gebot, an der Verfassung, wie sie in Weimar beschlossen wurde, festzuhalten.

Der Reichstanzler wandte sich dann gegen die Behauptungen des Reichspräsidenten, diejenige Verfasslichkeit, die verfassungsmäßig das Staatsoberhaupt ist. Man habe ihm, dem Reichstanzler, verübelt, daß er sich schweigend vor die Person des Reichspräsidenten gestellt habe. Er halte es aber nicht nur für sein gutes Recht, sondern auch für seine Pflicht, dies zu tun, denn der Reichspräsident stehe nicht nur über den Parteien, sondern auch außerhalb des politischen Kampfes und sei nicht in der Lage, sich so zu verteidigen, wie es den Angriffen gegenüber erforderlich wäre.

Bezüglich der Aufwertungsfrage erklärte der Reichstanzler, daß dieselbe mit der Stabilisierung zusammenhänge. Es sollte unser Bestreben sein, nicht wieder in eine neue Inflation hineinzugeraten, aus der es keine Rettung mehr geben würde. Es würde alles geschehen, um den Gläubigern zu ihrem Recht zu verhelfen, aber man dürfe nichts Unbilliges verlangen. Unter allen Umständen müsse an der Stabilisierung unserer Währung festgehalten werden. Der Reichstanzler bezeichnete dann die Politik der Mitte als die einzig mögliche, die allein geeignet sei, den verschiedenen Forderungen von Rechts und Links in gerechtem Ausgleich zu entsprechen.

Am 7. Dezember habe Jedermann die heilige Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer aus Fäulnis oder Interesslosigkeit der Wahl fernbleibe, schädige Volk und Vaterland.

Die Ausführungen des Reichstanzlers fanden lebhaften Beifall; besondere Ovationen wurden ihm bei seinen Erklärungen über den Reichspräsidenten dargebracht. Mit einem Hoch auf den Reichstanzler und das Deutsche Reich schloß die Versammlung.

Eh rung des Reichstanzlers.

(Düsseldorf. Bei seiner gestrigen Anwesenheit in Düsseldorf wurde dem Reichstanzler Marx in einer besonderen Festversammlung der katholischen Beamten- und Lehrerschaft, an der die Vertreter der Behörden teilnahmen, durch den Bezirksvorsitzenden Studientrat Dr. Hell eine kunstvolle Ehrenurkunde überreicht. Der Reichstanzler nahm die Gelegenheit wahr, eindringliche Worte an die Beamtenchaft zu richten, auch über die lebenswichtige Bedeutung der Beamtenbesoldung für die Existenz des Reichs. Er stellte eine jeweilige Anpassung der heute immer noch nicht genügenden Besoldung bis an die Grenze des Möglichen in Aussicht.

Ein deutscher Gnadenakt für Rathusius.

(Paris. Der deutsche Botschafter Herr v. Soesch hat den Ministerpräsidenten Herriot aufgesucht und ihn unter ausdrücklicher Wahrung des Standpunktes der deutschen Reichsregierung hinsichtlich der Verhaftung und Beurteilung des Generals v. Rathusius mitgeteilt, daß die deutsche Regierung von der Vergnügung des Generals mit Genanerkennung Kenntnis genommen habe. Der Botschafter hat Herrn Herriot weiter davon in Kenntnis gesetzt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, aus freiem Entschluß demnächst einen Gnadenakt bezüglich eines in Deutschland gefangenen französischen Staatsangehörigen vorzunehmen.

Einspruch Rathusius' gegen seine Vergnügung.

Kassel. General Rathusius hat am Freitag scharfen Protest bei der Reichsregierung erhoben, weil seine Vergnügung herbeigeführt wurde, ohne daß eine Annulierung des ersten Urteilspruches erfolgt ist. Der General erklärt, daß er erst nach seiner Ankunft in Deutschland erfahren hat, daß ihm durch den Gnadenakt des französischen Präsidenten der Weg zu einer Revision des ersten Urteils genommen worden ist.

Neue Unruhen in Peking?

(Paris. Davos berichtet aus Peking, daß der junge Erbkaiser sich in die japanische Gesandtschaft geflüchtet habe. Wie man glaubt, gaben den Anlaß hierzu die Gerüchte, daß Fung-Puh-Siang beabsichtige, in Peking Unruhen zu erregen. Wenn man diesen Gerüchten Glauben schenken könnte, dann sei die Sicherheit von Tschang-Tso-Lin und Tsuantshui bedroht, da wohl dann die Uebernahme der Regierungsgewalt in Peking durch Fung-Puh-Siang zu erwarten sei. In diesem Falle wäre der junge Erbkaiser in großer Gefahr.

Die interalliierte Finanzministerbesprechung verschoben.

London, (Funkspruch.) Wie die Times meldet, wird die Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris über die Verteilung der Einkünfte der Ruhrbesetzung sowie über die Anwendung des Dawesberichtes in diesem Jahr nicht mehr stattfinden, sondern ist bis zum Ende der ersten Januarwoche verschoben worden, um den Zeitverhältnissen mehr Zeit zu geben, den vereinbarten Bericht vorzubereiten. Wie bereits gemeldet, wird nicht erwartet, daß Churchill bei dieser Konferenz auf eine sofortige Erörterung der alliierten Schulden dringen werde. Es könne sehr angenommen werden, daß die französische Regierung selbst in der Frage der französischen Schulden an die amerikanische Regierung herantritt, um bessere Zahlungsbedingungen als die, die Großbritannien im Jahre 1922 gewährte, zu erhalten. Die Franzosen wünschten nicht nur eine Verminderung der Zinsen, sondern auch Zugeständnisse hinsichtlich der Rückzahlung des Kapitals.

Am Mittwoch Sitzung des Transfer-Komitees.

Berlin. Wie wir hören, ist die Sitzung des Transfer-Komitees, die über die Aufhebung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe entscheiden soll, auf Mittwoch vertagt worden. Bis dahin wird der Generalagent für die Reparationen, Walter Gilbert, in Berlin eingetroffen sein und die Besprechungen mit der Reichsregierung durchgeführt haben. In den Berliner Regierungskreisen befürchtet man, daß Gilbert in Paris unter dem englisch-französischen Einfluß keine Ansichten über die Exportabgabe geändert haben könnte und legt großen Wert darauf, daß er nochmals die Entgegnungen der deutschen Regierung entgegennimmt.